

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Schulgeld für nicht akademische Gesundheitsberufe sofort abschaffen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Schulgeldfreiheit für die nicht akademischen Gesundheitsfachberufe unverzüglich für alle Ausbildungsjahre einzuführen und die entsprechenden Ausbildungskapazitäten an den staatlichen Schulen bedarfsgerecht zu erweitern.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Der Landtag hat im Dezember 2018 die Schulgeldfreiheit für die nicht akademischen Gesundheitsfachberufe beraten und sich darauf verständigt, Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die für Ende des Jahres 2019 angekündigt wurden, abzuwarten.

Schleswig-Holstein hat das Schulgeld bereits zum 1. Januar 2019 abgeschafft, die Freie und Hansestadt Hamburg zum 1. April 2019. Auch Bremen und Niedersachsen haben erklärt, die Schulgeldfreiheit zum Ausbildungsbeginn 2019/2020 einzuführen. Mecklenburg-Vorpommern wäre somit das einzige norddeutsche Bundesland, in welchem ein Schulgeld für die Ausbildung in diesen Berufen weiterhin zu zahlen wäre. Deshalb ist es notwendig, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls reagiert. Um die Schülerinnen und Schüler von der Belastung der Finanzierung der Ausbildung zu befreien und um nicht weitere Wettbewerbsnachteile zu erlangen, muss die Schulgeldfreiheit zum 1. August 2019 für alle Ausbildungsjahrgänge eingeführt werden. Dies kann jetzt erklärt und in einem geordneten Haushaltsverfahren rückwirkend in Kraft gesetzt werden, um nicht weitere ausbildungswillige Schülerinnen und Schüler zu verlieren.